

Philip Giraldi. ein ehemaliger CIA-Spezialist für Terrorbekämpfung, rechnet mit der wahnwitzigen Syrien-Politik der US-Regierung ab.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 022/16 – 17.02.16**

So kann das Syrien-Problem nicht gelöst werden!

Die Wahnvorstellungen Washingtons zu Syrien

Von Philip Giraldi

The Unz Review, 02.02.15

(<http://www.unz.com/article/an-improbable-solution/>)

Tulsi Gabbard (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Tulsi_Gabbard) ist eine mutige Kongress-abgeordnete. Sie hat ihre Partei und den Präsidenten mit der Forderung geschockt, Washington müsse "seinen illegalen, kontraproduktiven Krieg zum Sturz Assads und der syrischen Regierung sofort einstellen". Sie erklärte: "Ich denke nicht, dass Assad gestürzt werden sollte. Wenn wir Assad aus seinem Amt und seinem Land vertreiben, werden der ISIS, Al-Qaida, Al-Nusra und die anderen islamistischen Extremisten ganz Syrien übernehmen und noch stärker werden." [s. <http://edition.cnn.com/2015/11/20/politics/tulsi-gabbard-syria-paris-keep-assad/>]

Die verfehlte Syrien-Politik Washingtons gleicht einer faulen Frucht, und die Mainstream-Medien marschieren im Gleichschritt zu der Melodie, die das orientierungs- und verantwortungslose Weiße Haus dazu pfeift. Frau Gabbard sollte noch einen Schritt weiter gehen, und fragen, warum sowohl die Demokraten als auch die Republikaner Assad überhaupt stürzen wollen und deshalb ganz Syrien verwüsten, ohne erklären zu können, was das mit den Interessen der USA zu tun hat?

Schuld daran ist auch das in Washington verbreitete Gruppendenken. Wenn der Präsident oder einer seiner Minister eine Sitzung einberuft, pflegen die Anwesenden immer die gleiche Meinung wie der Einladende zu haben. Auch von Stiftungen und Thinktanks, die von der Regierung oder der Rüstungsindustrie finanziert werden, sind keine von der Position der Geldgeber abweichende Stellungnahmen zu erwarten. Mit Frau Gabbard ist nun endlich einmal jemand aus dem Gruppendenken ausgeschert, das den Sturz Assads als unerlässliche Voraussetzung für eine friedliche Lösung in Syrien vorschreibt.

Weitere in Zusammenhang mit Syrien vom Gruppendenken bestimmte Vorgaben sind die Diffamierung des russischen Präsidenten Wladimir Putin als wiedergeborener Josef Stalin und die Unterstellung, Russland wolle sich – wie vorher die Sowjetunion – ganz Osteuropa und große Teile des Mittleren Osten einverleiben [s. auch <http://usforeignpolicy.blogs.lalibre.be/archive/2015/12/25/a-christmas-present-to-russia-bashers-from-johnson-s-russia-1148604.html>]. Obwohl diesen Verleumdungen in alternativen Medien heftig widersprochen wird, nimmt das im Weißen Haus niemand zur Kenntnis.

In der Regierungsbürokratie gibt es außerdem noch eine besonders problematische Art des Gruppendenkens. Aus eigener Erfahrung weiß ich, dass CIA-Analysten im Ausland gesammelte Erkenntnisse meisten sehr kritisch prüfen und sorgfältig aufbereiten (um Missverständnisse und Fehlentscheidungen zu vermeiden). Diese geprüften Erkenntnisse durchlaufen auf dem Weg vom Erdgeschoss des CIA-Hauptquartiers bis in den siebten Stock, wo die mit der Politik verbandelten Chefs sitzen, einen seltsamen Verwandlungsprozess. Sie werden politisch gefiltert, und alles, was der Mehrheitsmeinung im Kongress

oder im Weißen Haus widerspricht, wird zurechtgebogen oder entfernt. Es gehört nun mal zum Wesen der Bürokratie, den Status quo zu bewahren und einen bestehenden Konsens nicht infrage zu stellen.

Und die Presse versäumt es, diese meistens sehr einseitige Sichtweise zu korrigieren. Der Unsinn, den die Mainstream-Medien als "objektive Berichterstattung" verbreiten, ist die Hauptursache dafür, dass die US-Bürger in einer Scheinwelt leben, in der die US-Politiker weiße Westen tragen und sich überall als "Drachentöter" und Weltpolizisten betätigen, auch wenn die dumme Welt das nicht zu schätzen weiß. Dieses von den Medien gezeichnete positive Bild von den USA lassen sich die US-Bürger auch dann nicht trüben, wenn es mit der Realität nichts zu tun hat.

Ein von Frederic C. Hof, verfasster Artikel über Syrien, der vor Weihnachten in der *Washington Post* veröffentlicht wurde [und nachzulesen ist unter https://www.washingtonpost.com/opinions/obama-and-kerrys-wishful-thinking-on-syria/2015/12/11/94bbcc90-92f1-11e5-a2d6-f57908580b1f_story.html], verdeutlicht, wie die Öffentlichkeit dazu gebracht wird, alles zu akzeptieren, womit die Regierung den Terrorismus und andere Bedrohungen zu bekämpfen vorgibt. Hof, der heute ein führender Mitarbeiter am Rafik Hariri Center des Atlantic Council ist (s. dazu auch <http://www.atlanticcouncil.org/programs/rafik-hariri-center-for-the-middle-east>), war als Offizier der U.S. Army lange im Mittleren Osten eingesetzt. Er ist wirklich einer der seltenen Experten für die arabische Welt und spricht sogar Arabisch. Nach einem Zwischenspiel in der Privatwirtschaft als geschäftsführender Präsident der Armitage Associated LC. / AALC, einer internationalen Wirtschafts- und Investitionsberatungsfirma, trat er 2009 ein Amt im US-Außenministerium an. 2012 war er Sonderberater des Präsidenten Obama für die Herbeiführung eines Umsturzes in Syrien.

Hof ist ein kluger und geschickter Bursche, der durch seine lange Tätigkeit für die US-Regierung deren Version von der Realität sehr gut kennt; er weiß genau, dass Washington befiehlt, was zu geschehen hat und die "roten Linien" zieht. Für die USA sind andere Staaten entweder "Verbündete", die eh alles mitzumachen haben, oder Gegner, die so lange drangsaliert werden, bis sie einknicken. Im Oktober hatte Hof noch geschrieben [s. unter <http://www.politico.com/magazine/story/2015/10/syria-civil-war-213242#ixzz3vGmZrKWV>]: "Zur Bekämpfung des ISIL werden dringend Bodentruppen benötigt, die von Nachbarstaaten Syriens zu stellen sind; die müssen von den Luftstreitkräften der Koalition unterstützt werden, damit Syrien von der Geißel ISIL befreit, Assad gestürzt und eine andere Regierung in Syrien eingesetzt werden kann. Wenn die Mitte und der Osten Syriens sowohl vom ISIL als auch von den Truppen Assads befreit sind, kann eine All-Syrian National Stabilization Force [eine für ganz Syrien sprechende Nationale Stabilisierungskraft, s. <http://www.atlanticcouncil.org/publications/reports/setting-the-stage-for-peace-in-syria-the-case-for-a-syrian-national-stabilization-force>] gebildet werden. Mit der könnte der Westen dann über die Beendigung der Syrien-Krise verhandeln und bräuchte sich nicht länger nur mit Hoffnungen zu begnügen. Die USA sollten keine Konfrontation mit russischen Streitkräften in Syrien suchen, aber auch nicht davor zurückschrecken. Moskau wird nicht erfreut sein, wenn wir den Massenmord seines Verbündeten(Assad) beenden und den ISIL, der ihm als Vorwand für sein militärisches Eingreifen in Syrien diente, vom Tisch fegen. Russland wird sich kaum dazu entschließen, die Flugzeuge Assads bei ihren mörderischen Angriffen (auf die Zivilbevölkerung) zu eskortieren. Und der russische Präsident Wladimir Putin kann es sich nicht leisten, seine Wut über die militärische Zerschlagung des ISIL öffentlich zu äußern. Sollte Russland in Syrien trotzdem die Konfrontation mit den USA suchen, würde Washington einen Fehler machen, wenn es zurückweichen würde. Ein Mensch wie Putin wird so lange weitermachen, bis er auf Stahl trifft. Auch in Syrien wird er nicht nachgeben."

In Hofs Artikel werden mehrere außenpolitische Sachverhalte angesprochen, über die in Washington vermutlich Konsens besteht. Zunächst wird auf die führende Rolle der USA in

Syrien verwiesen und die Unterstützung einer nicht existenten und vermutlich auch nie zustande kommenden regionalen Streitmacht gefordert, die den ISIL bekämpfen, eine regionale Regierung einsetzen, Assad stürzen und eine dem Westen hörige "Demokratie" errichten soll. Zweitens wird Moskau als Komplize "des Massenmörders Assad" dargestellt und bezichtigt, von Expansionsdrang besessen zu sein, der notfalls mit militärischen Mitteln gestoppt werden müsse. Hof erweckt den Eindruck, Syrien sei so wichtig für das Überleben der USA, dass dafür auch ein Krieg mit Russland riskiert werden müsse.

In Hofs jüngstem Pamphlet, das im Dezember 2015 wieder von der *Washington Post* verbreitet wurde, werden ähnliche Argumente vorgebracht. Zunächst wiederholt er die Behauptung, der "syrische Bürgerkrieg" könne nicht beendet werden, so lange Assad an der Macht bleibe und US-Gegner wie Russland und der Iran sich weigerten, diese "objektive Wahrheit" zu akzeptieren. Assad wird als "Fassbomben-Chef" titulierte, und der Iran wird aufgefordert, seine Chance zu nutzen, ein normaler (US-höriger) Staat zu werden. Appelle des Westens an die Einsicht der führenden Politiker Syriens, des Irans und Russlands seien genau so wirkungslos wie die Appelle an die Einsicht Hitlers vor 80 Jahren waren. Die Unterstützer Assads würden nicht einsehen, dass "Assad das größte Hindernis für eine vereinigte Front gegen den Islamischen Staat" sei. Der Iran wolle Syrien zu seinem Marionettenstaat machen, und Russland wolle Assad unbedingt halten, um die USA zu demütigen. Hof behauptet, wenn die US-Regierung noch länger zögere, würde die Armee Assads nur noch mehr Menschen "abschlachten, verstümmeln, vertreiben, foltern, vergewaltigen und aushungern"; er fordert erneut, den "Einsatz von Bodentruppen unter US-Kommando", weil nur dann Assad gestürzt und der ISIS ausgeschaltet werden könnten.

In Anbetracht aller bisher aufgeführten Fakten ist es kein Wunder, dass viele US-Bürger die Außen- und Sicherheitspolitik der US-Regierung nicht mehr verstehen. Warum um Himmelswillen brauchen wir einen Sonderberater für einen Umsturz in Syrien? Warum wurde diese Stelle überhaupt geschaffen? Wie würde das Weiße Haus reagieren, wenn sich die Chinesen oder die Russen Sonderberater für den Sturz der offensichtlich korrupten US-Regierung zulegen und "Rebellen" zur Durchführung ihrer Pläne anheuern und bewaffnen würden?

Es ist zu vermuten, dass die Neokonservativen in den USA und in Israel den Sturz Assads schon seit 2004 betreiben – seit Präsident George W. Bush den Syria Accountability Act [s. https://en.wikipedia.org/wiki/Syria_Accountability_Act] unterzeichnet hat. Assads angeblicher Giftgaseinsatz gegen seine eigene Bevölkerung, der 2013 in Ghouta stattgefunden haben soll [s. <http://www.globalresearch.ca/syria-chemical-weapons-who-was-behind-the-east-ghouta-attacks/5362741>], wird oft als Rechtfertigung für das bewaffnete Eingreifen in Syrien benutzt; viele Beobachter halten diesen Vorfall allerdings für einen "Angriff unter falscher Flagge", den die "Rebellen" mit Unterstützung des türkischen Geheimdienstes durchgeführt und der syrischen Regierung angelastet hätten [s. <http://www.washingtonblog.com/2015/10/2-turkish-parliament-members-turkey-provided-chemical-weapons-for-syrian-terrorist-attack.html>]. Es sollte auch nicht vergessen werden, dass Syrien, bevor Assad zum Feind erklärt wurde, zu der von den USA geführten Koalition gehörte, die Saddam Hussein 1991 aus Kuwait vertrieben und nach den Anschlägen am 11.09.2001 das "Rendition-Programm" (der CIA) unterstützt hat (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_06/LP04706_280406.pdf).

Die US-Regierung macht es sich sehr einfach, wenn sie alle Probleme in Syrien der syrischen Regierung, Russland und dem Iran in die Schuhe schiebt und sie als "Gegner" der USA abzustempeln versucht – wohl weil sie den (von der US-Regierung geschaffenen) ISIS (s. dazu auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP16514_221014.pdf und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP14414_120914.pdf) aktiv bekämpfen. Wer Rupert Murdochs Medien glaubt (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Rupert_Murdoch

doch), wird auch diese Aussagen der US-Regierung für zutreffend halten; der Versuch Moskaus und Teherans, die Stellung der syrischen Regierung zu stärken und dadurch den Beginn von Verhandlungen über eine Waffenruhe zu ermöglichen, ist vernünftig und wird auch von der Kongressabgeordneten Gabbard begrüßt. Ob man einem Bericht in den Medien vertrauen kann, hängt vor allem davon ab, ob die Vorgeschichte eines Konfliktes berücksichtigt wird. Meiner Ansicht nach sollte die Schuld an dem Schlamassel in Syrien und im Irak und am Aufstieg des ISIS denen angelastet werden, die ihn verursacht haben: den beiden letzten US-Präsidenten und ihren Beratern im Weißen Haus. Der Schlamassel begann 2003 mit dem US-Überfall auf den Irak. Damals herrschten sowohl in Bagdad als auch in Damaskus Ruhe und Stabilität, und in beiden Staaten gab es keine Terroristen, obwohl sie keine Demokratien waren. Schon damals wurden die USA von keinem der beiden Staaten bedroht, und das gilt bis heute. Warum wurde Assad dann vom Weißen Haus und den Medien zum Hauptfeind der USA erklärt?

Die parallel dazu erhobenen Anschuldigungen gegen den Iran und Russland gehören schon zum traditionellen Washingtoner Gruppendenken. Dass der Iran kein "normaler Staat" ist, erklärt sich vor allem daraus, dass die Islamische Republik Iran seit ihrer Gründung im Jahr 1979 immer wieder von den USA und Israel bedroht wurde. Der US-Kongress und Israel haben trotz des erst kürzlich mit Teheran vereinbarten Atomabkommens schon wieder neue Sanktionen gegen den Iran verhängt. (Infos dazu sind aufzurufen unter <http://www.spiegel.de/politik/ausland/iran-usa-verhaengen-neue-sanktionen-wegen-rakettenprogramm-a-1072477.html> .) Das zeigt doch, dass die Machthaber in Washington den Iran niemals in Ruhe lassen werden.

Auch die Verteufelung Russlands ist nicht neu, genau so wenig, wie der immer wieder erhobene Vorwurf, Moskau sei wie Hitler nur darauf aus, die USA zu demütigen. Auch wenn uns die russische Regierung nicht passt, ist ihr Interesse, "Aufstände" im islamischen Süden Russlands zu verhindern, trotzdem völlig legitim. Auch das von Putin gezeichnete Zerrbild eines herrschsüchtigen Mannes, der gestoppt werden müsse, trifft nicht zu, weil seine Außenpolitik größtenteils realistisch, zurückhaltend und vernünftig ist. Das Argument, Russland wolle sich Syrien als Marionettenstaat aneignen und unterstütze deshalb Assads "Massenmorde", ist nicht nur unzutreffend, sondern auch hirnrissig, weil die US-Regierung damit jeden vernünftigen Umgang mit Russland unmöglich macht und das Risiko eingeht, wegen Syrien in eine militärische Konfrontation mit (der Atommacht) Russland zu schlitern. Wer die syrische Regierung allein für den Schlamassel in ihrem Land verantwortlich machen will, übersieht die anderen Mitspieler, die außer von den USA auch von der Türkei und mehreren arabischen Staaten unterstützt werden, obwohl die US-Regierung sie teilweise als "Terroristen" einstuft.

Die unter US-Politikern wachsende Bereitschaft, auch in Syrien wieder US-Bodentruppen einzusetzen – sowohl gegen die reguläre syrische Armee, als auch gegen den ISIS – widerspricht jeder Vernunft und lässt alle misslichen Erfahrungen außer acht, die bei den US-Militärinterventionen der letzten 15 Jahre gemacht wurden. Wer eine "Stabilisierungskraft" ohne Beteiligung der gegenwärtigen syrischen Regierung schaffen möchte, macht sich nur lächerlich. Sogar Präsident Obama hat zugegeben, dass die "gemäßigten syrischen Rebellen" wohl nur in der Phantasie existieren [s. dazu auch <http://www.nytimes.com/2014/08/09/opinion/president-obama-thomas-l-friedman-iraq-and-world-affairs.html>]. Syrien liegt nicht in einem Vakuum. Afghanistan wird bald wieder vollständig von den Taliban kontrolliert werden, der Irak ist chaotisch und hofft auf Hilfe aus dem befreundeten Iran und in Libyen herrscht Anarchie. Sollten wir jetzt auch US-Bodentruppen nach Syrien schicken? Nein, danke!

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in runden Klammern versehen. Die Links in eckigen Klammern hat der Autor selbst eingefügt. Infos über

ihn sind nachzulesen unter https://en.wikipedia.org/wiki/Philip_Giraldi . Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

The Unz Review: An Alternative Media Selection

A Collection of Interesting, Important, and Controversial Perspectives Largely Excluded from the American Mainstream Media

An Improbable Solution

Delusions on Syria prevail in official Washington

Philip Giraldi

February 2, 2016

Tulsi Gabbard is one brave Congresswoman. She has challenged her party and the president saying that it's time for Washington to halt its "illegal, counter-productive war to overthrow the Syrian government of Assad. I don't think Assad should be removed. If Assad is removed and overthrown, ISIS, al Qaeda, Al Nuusra, these Islamic extremist groups will walk straight in and take over all of Syria ... they will be even stronger."

Indeed, Washington's senseless policy in Syria has been hanging out there like overripe fruit for quite some time with the mainstream media instead marching at lockstep to the tune being whistled by a large disengaged and unaccountable White House. Gabbard might go one step further to ask why Syria is the way it is in the first place since that would question Administration priorities under Democrats as well as Republicans, both of which have emphasized eliminating al-Assad for no conceivable reason that has anything to do with actual American interests.

Much has been made of Washington groupthink, which is the concept that when a meeting of senior staffers is held everyone will veer towards a point of view that is being espoused by whoever called the meeting, be they the president or one of the cabinet secretaries. It is also reflected in the output of foundations and think tanks, which rely on government access as well as funding from beneficiaries of the war economy. Current groupthink, rejected by Gabbard, is that removing al-Assad is somehow an essential precondition for any settlement of Syria's torment.

Another prevalent groupthink that is sometimes linked to the Syria issue is that Russia's Vladimir Putin is somehow a reincarnation of Josef Stalin and that today's Russia is actually the Soviet Union, ready, willing and able to expand into Eastern Europe and the Middle East. Though considerable opposition to those two viewpoints can be noted in the alternative media it is not listened to in the White House.

Yet another kind of groupthink prevails within the government bureaucracies themselves, compounding the problem. From my own experience, analysts at CIA very often were scrupulous in their judgements on developments overseas but a funny thing would happen at Agency headquarters as information made its way from the ground floor up to the seventh floor where the political appointee mandarins would preside. It would become politicized and any viewpoints diametrically opposed to what prevailed at the consumer level in Congress and in the White House would be mitigated or even excised. Such is the nature of bureaucracy, which exists to support the status quo and inter alia requires a satisfied audience to prosper.

And the press fails to do its part to correct the listing ship. The rubbish that appears in the mainstream media under the rubric of "informed opinion" bears a large part of the blame because it continues to create a mythical magical kingdom in which Americans all wear

white hats and go about slaying dragons because it is good for the whole wide world, even if those heathens don't appreciate it. That is what Americans like to think about themselves apparently, all contrary evidence notwithstanding.

A piece on Syria that appeared in the Washington Post before Christmas exemplifies precisely what is wrong with the punditry that shapes the narrative that appears to drive the national consensus on what to do about terrorism and related issues. It is "Obama and Kerry's wishful thinking on Syria," by Frederic C. Hof, currently a senior fellow at the Atlantic Council's Rafik Hariri Center. Hof was an army officer who had extensive service in the Middle East. He is, somewhat uncharacteristically, an actual expert on the Arab world and speaks Arabic. He joined the State Department in 2009 after an interlude in the private sector as the President and CEO of AALC, limited company, an international business consulting and project finance firm formerly known as Armitage Associates LC. In 2012 Hof served as President Barack Obama's Special Adviser for Transition in Syria.

Hof is a bright and highly competent guy whose professional life has been closely linked to the U.S. government version of reality, a reality in which Washington calls the shots and is empowered to "draw red lines." Relative to the U.S., all other governments are either client states or adversaries who can be disregarded or bullied into compliance. In October he wrote: "With regard to ISIL, a professional ground combat component provided by regional powers is desperately needed to work with coalition aircraft to sweep this abomination from Syria and permit a governmental alternative to the Assad regime to take root inside Syria. With central and eastern Syria free of both the regime and ISIL, an all-Syrian national stabilization force can be built. Western desires for a negotiated end to the Syrian crisis would be based, under these circumstances, on more than a wish and a hope. The United States should neither seek nor shy away from confrontation with Russian forces in Syria. Moscow will not like it if its client's ability to perform mass murder is impeded. Russia will not be pleased if ISIL, its false pretext for military intervention in Syria, is swept from the table. Ideally, Russia will not elect to escort regime aircraft on their mass homicide missions. And it would be difficult for even Russian President Vladimir Putin to articulate outrage if ISIL is crushed militarily. But if Russia seeks out armed confrontation with the United States in Syria, it would be a mistake for Washington to back down. People like Putin will push until they hit steel. And he will not stop in Syria."

The op-ed is saying several things, which most likely reflect the Washington consensus on foreign policy. First, it advocates a U.S. leading role in Syria in support of a currently non-existent and unlikely to exist regional force to fight ISIS thereby creating an alternative government enabling the removal of al-Assad from power and winding up with a "Western desired" democracy. Second, it characterizes Russia as supporting "mass homicide" in Syria and urges the U.S. to confront it militarily if necessary as Moscow is intent on expansion. That means that Syria somehow has become a vital American interest, important enough to go to war with Russia.

Hof's more recent foray in the Post makes a number of similar points. First, that the Syrian civil war cannot end as long as al-Assad remains in power is described as an "objective truth" that adversaries like Russia and Iran refuse to accept. Al-Assad is described as a "barrel bomber in chief." Iran, in particular, should "grasp the chance to become a normal state." Hof likens the Syrian, Iranian and Russian leadership to Hitler 80 years ago in that they are being given a pass by the West and avers that they "know that Assad is the single greatest obstacle to a united front against Islamic State." Iran is motivated by propping up a client state while Russia is into the game desirous of "humiliating the United States by preserving Assad." The op-ed goes on to claim that delaying action for thousands of Syrians will mean "people slaughtered, maimed, stampeded, starved, tortured and raped by

Assad's people" and reiterates the call for "professional ground forces...under U.S. command" to deal simultaneously with both al-Assad and ISIS.

Given all of the above, it is no wonder that many of us find American foreign and national security policy incomprehensible. First of all, by what Act of God does the United States have a Special Adviser for Transition in Syria? Why does that position even exist? How the White House react if the Chinese or Russians were to create a similar bureaucracy tasked with subverting the manifestly corrupt U.S. institutions and even arming "rebels" to do the job?

One suspects that antagonism towards Damascus is rooted in the fact that the United States government have been working hard in a neoconservative driven effort supported by Israel to subvert the Syrian regime ever since President George W. Bush signed the Syria Accountability Act in 2004. Al-Assad's alleged use of chemical weapons on his own people is frequently cited as a justification for armed intervention, but there is considerable controversy over the incident at Ghouta in 2013, with many observers believing that the attack was staged "false flag" by the rebels possibly aided by the Turkish intelligence service to implicate the Syrian government. And it is easy to forget that before Syria under al-Assad became an enemy it was considered friendly, having participated in the U.S. led coalition that ousted Saddam Hussein from Kuwait in 1991 and also having supported Washington's counter-terrorism "rendition" program post-9/11.

It is simplistic to see everything as a problem created by the Syrian government, Russia and Iran, all of whom have been described as "adversaries" of the United States even though they are actively fighting ISIS. That label would be comforting if one were a reader of the Rupert Murdoch media but Tehran's and Moscow's desire to stabilize the Syrian government position as a prelude to negotiations for a settlement is not exactly wrongheaded, as Congresswoman Gabbard has noted. And any narrative's thrust more-or-less depends on where one starts. To my mind the blame for the mess in Syria and Iraq coupled with the rise of ISIS should be put squarely where it belongs: at the White House under our two most recent presidents and their advisers. The rot began in 2003 when Iraq was invaded. At that time both Baghdad and Damascus were quiet, stable and terrorist free even if they were not democracies. Neither threatened the United States and neither threatens the U.S. to this day, which makes one wonder at why al-Assad has been elevated to enemy-in-chief status by the White House and media.

The inside the beltway dismissal of Iran and Russia is classic Washington groupthink. Iran may indeed not be a "normal" nation, but that just might be due to threats against it emanating from the United States and Israel since the foundation of the Islamic Republic in 1979. We are currently witnessing the U.S. Congress and Israel cranking up the pressure to defeat implementation of the nuclear program agreement recently signed with Tehran, an effort that suggests that no matter what it does or doesn't do Iran will never be seen as normal or even acceptable by most of the powerbrokers in Washington.

And the denigration of Russia is another given, complete with the often heard but ridiculous claim that Moscow is out to "humiliate" the U.S., which often comes coupled with a reference to Hitler. Russia may have a government that is not to our liking but it has a serious and legitimate interest in preventing the spillover of Islamic insurgency into its own heavily Muslim southern federated states. Creating a cartoon image of Vladimir Putin as someone who has to be taught a lesson even though he has in fact been a largely realistic, restrained and rational player in his foreign policy, is not a serious argument. Stating that Russia is only interested in propping up a client and enabling mass murder is both sloppy and does not allow for other considerations that might actually be both sensible and legitimate while a willingness to confront major power Russia militarily over unimportant

Syria is something closely akin to madness. And attributing all the mayhem in Syria to its government is similarly myopic in that it ignores the other players on the ground, to include groups supported by America's nominal Arab and Turkish allies that the United States calls "terrorist."

The apparent willingness among policy makers to put U.S. troops on the ground in Syria against both its government and ISIS flies against all reason given the poor track record of White House initiated military interventions over the past fifteen years. The creation of a "stabilization force" without any current Syrian government participation is laughable as even President Obama has conceded that the identification and deployment of "moderate rebels" is a bit of a fantasy. And Syria is not taking place in a vacuum. Afghanistan is rapidly sliding back under Taliban control, Iraq is chaotic and its closest friend is Iran while Libya is anarchical. Another intervention? No thanks.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern